

# Mette Frederiksen - Dänemarks „Eiserne Lady“

von Max Lindauer

Quelle: KOPP-exklusiv Nr. 09/18

Mit ihrer konsequenten Haltung in der Flüchtlingspolitik stößt die Chefin der oppositionellen dänischen Sozialdemokraten bei vielen ihrer europäischen Genossen auf demonstratives Schweigen oder Ablehnung. Dabei könnte es sein, dass **Mette Frederiksen** schon sehr bald zur neuen Ministerpräsidentin aufsteigt — mit Unterstützung der auch in Deutschland als »*rechtspopulistisch*« diffamierten Volkspartei. **Frederiksen** sieht das entspannter — und ist erfolgreicher.



Haben die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa noch eine Zukunft?

Nicht nur die atemberaubende Talfahrt der SPD verleiht dieser Frage Berechtigung. Auch in vielen anderen Staaten Europas — wie etwa im Nachbarland Österreich — wurden die Sozialisten auf die Oppositionsbänke verwiesen, oder ihnen droht die politische Bedeutungslosigkeit, wie zum Beispiel in Frankreich oder Italien. Die Zeiten, in denen die Linken in den meisten europäischen Staaten die Regierung stellten oder zumindest an ihnen beteiligt waren, scheinen lange zurückzuliegen.

Vielleicht sollten die größtenteils ideologisch verbohrteten Funktionärinnen und Funktionäre von ihrer dänischen Kollegin **Mette Frederiksen** lernen, die schon bald zur neuen Ministerpräsidentin im skandinavischen Nachbarstaat avancieren könnte. Die 40-jährige Politikerin, die in den vergangenen Jahren schon die Ämter der Arbeitsministerin und der Justizministerin bekleidete, sorgte in den vergangenen Wochen vor allem bei den linken Gutmenschen im Ausland für helle Aufregung.

Wie *Kopp Exklusiv* berichtete, hatte **Mette Frederiksen** in einem 44-seitigen Papier, das die dänischen Sozialdemokraten auf ihrer Homepage zum Download bereitstellten, dafür plädiert, dass Flüchtlinge Asylanträge nicht mehr in Dänemark stellen dürfen. Entsprechende Asylgesuche sollten künftig in Lagern in Afrika bearbeitet werden. Nur im



im Fall eines positiven Entscheids dürfe dem betreffenden Flüchtling die Einreise nach Dänemark erlaubt werden. Im Ausland schlugen die Erregungswellen der angeblichen Gutmenschen hoch. Der schwedische Premierminister **Stefan Löfven** — ebenfalls Sozialdemokrat — äußerte sich »*stchockiert*« von der Forderung **Frederiksens** und beeilte sich hinzuzufügen, sein Land »*verteidige das Recht auf*

Asyl«. Ob sich seine Landsleute darüber freuen werden, sei dahingestellt. Seit dem Flüchtlingssunami ist die Sicherheitslage in Schweden fragiler als jemals zuvor. Vor allem Malmö, die drittgrößte Stadt des Landes, gilt mittlerweile als gefährliches Pflaster. Der dortige Sicherheitschef *Jonas Hult* spricht sehr vorsichtig über die Hintergründe:

→ »Über die 200 Schwerverkriminellen, welche die Polizei beobachtet, kann man sagen, dass diejenigen mit einem nicht-schwedischen Hintergrund stärker vertreten sind. Das liegt daran, dass wir viele nicht-ethnisch-schwedische Menschen in Malmö haben.« So etwas darf man wohl als »politisch korrekte« Sprachregelung bezeichnen.

### **Harte Anforderungen für Familiennachzug**

*Mette Frederiksen* hingegen spricht Klartext: »Du bist kein schlechter Mensch, wenn du dein Land nicht grundlegend verändert sehen willst«, macht sie jenen Mut, die keine »Refugees welcome«-Fähnchen schwenken. Und die Gefahr einer grundlegenden Veränderung sieht die Politikerin auch für ihr Land voraus. Sie schreibt:

→ »In Dänemark hat sich die Bevölkerung in kurzer Zeit stark verändert. Im Jahr 1980 hatte nur ein Prozent der dänischen Bevölkerung einen nichtwestlichen Ursprung. Heute sind es acht Prozent. Diese Entwicklung hat sich innerhalb von nur einer Generation ereignet.« Die Zahl der Flüchtlinge und Ausländer, die in die dänische Gesellschaft integriert werden könnten, sei begrenzt. Die Sozialdemokratin fordert unter anderem harte Anforderungen für den Familiennachzug.

*Mette Frederiksen* spricht in ihrem Papier auch die Herausforderungen der Zukunft an. Die Bevölkerung Afrikas werde sich bis 2050 verdoppeln. Und mit dem Argument des »Klimawandels« würden immer mehr Flüchtlinge nach Europa aufbrechen. *Frederiksen* weiß, wovon sie spricht und schreibt. Immerhin hat sie an der Universität Kopenhagen unter anderem Afrikawissenschaften studiert.

Auch im Umgang mit der vor allem im Ausland als »rechtspopulistisch« diffamierten *Dänischen Volkspartei* (»*Dansk Folkeparti*«) gibt sich die junge Parteichefin ausgesprochen pragmatisch. Tatsächlich ist sogar nicht auszuschließen, dass die Volkspartei, die derzeit noch die Regierung des bürgerlichen Ministerpräsidenten *Rasmussen* unterstützt, schon bald *Mette Frederiksen* ins höchste Regierungsamt verhilft.

Schon vor fast genau einem Jahr hatten sich die beiden Parteien auch in aller Öffentlichkeit wahrnehmbar angenähert. *Mette Frederiksen* von den Sozialdemokraten und *Kristian Thulesen Dahl* von der Volkspartei verkündeten Ende Februar 2017 in einem Interview mit dem Gewerkschaftsblatt »F3«, eine Regierungszusammenarbeit werde in Zukunft nicht mehr ausgeschlossen. Man darf gespannt sein, wie die Linke und die Mainstream-Medien reagieren, wenn vielleicht schon bald eine Sozialdemokratin mit Unterstützung einer Partei, die im Europäischen Parlament in derselben Fraktion wie die AfD vertreten ist, zur Regierungschefin eines EU-Landes aufsteigt.